

Anrede,

wir stehen wenige Monate vor dem politisch wichtigsten Ereignis der letzten vier Jahre.

Die Bundestagswahl wird ein großer Erfolg für die Liberalen. Sie wird damit zu einem Erfolg für unser Land.

Finanz- und Budgetfragen spielen dabei in doppelter Hinsicht eine bedeutende Rolle.

Einmal ganz unmittelbar, weil auch wir als Partei in einer herausfordernden Medienlandschaft und in einem komplizierten Umfeld über die finanziellen Ressourcen verfügen müssen, die es uns erlauben, unsere politischen Inhalte adäquat zu transportieren.

Und zum anderen, weil Finanz- und Budgetfragen für unsere Bundesrepublik und darüber hinaus für die Europäische Union zu einem Thema geworden sind, das geradezu schicksalhaft über die Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Infrastruktur bestimmt. Über beides möchte ich sprechen.

Ich beginne mit unseren eigenen Angelegenheiten und dabei zunächst mit dem formalen:

Nach § 14 Abs. 3 Nummer 3 unserer Bundessatzung hat der Parteitag den letzten veröffentlichten Rechenschaftsbericht unserer Partei zu erörtern. Dies ist der Bericht für das Jahr 2000 und nicht – wie irrtümlich in der Tagesordnung ausgewiesen für 2001 -.

Dieser Bericht liegt ihnen in der veröffentlichten Fassung vor. Es ist – darauf weise ich nochmals hin – nicht der Bericht der Bundespartei, sondern der der Gesamtpartei.

Der Bericht zeigt, dass sich die Vermögenslage der Partei im Jahre 2000 erstmals wieder verbessert hat. Dies ist weniger das Ergebnis einer überbordenden Einnahmesituation : Die Spendeneingänge bewegten sich auf eher bescheidenem Niveau. Es ist vor allem Ergebnis einer konsequenten Sparpolitik, die alle Bereiche der Partei erfaßte und die in der Bundespartei

in personeller Hinsicht an die Grenze der Belastbarkeit führte.

Ich möchte in diesem Zusammenhang meinem Vorgänger im Amt, Carl Ludwig Thiele, dem Beauftragten des Schatzmeisters, Walter Eschweiler, dem Bundesgeschäftsführer, Jürgen Beerfeltz, und allen ehren- und hauptamtlich mit den Finanzen befaßten Parteifreunden und Mitarbeitern sehr herzlich danken.

Das ist ein schweres Geschäft, meine Damen und Herren, und ich bin sicher, dass dies vom gesamten Parteitag gewürdigt wird.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und zwei Bereiche ansprechen, die für die gegenwärtige und künftige Finanzierung unserer Partei von entscheidender Bedeutung sind:

- 1 Das neue Parteiengesetz
und
- 2 die Verbesserung unserer Eigenfinanzierung

Zum neuen Parteiengesetz:
Wir Liberalen begrüßen dieses Gesetz.

Es reagiert auf die schweren Verfehlungen, die sich die Verantwortlichen anderer Parteien, insbesondere CDU und SPD, haben zu Schulden kommen lassen.

Es stellt solche Handlungen künftig unter Strafe.

Wir wollen uns über niemanden erheben, liebe Freunde. Auch unsere Partei besteht aus sehr vielen und sehr unterschiedlichen Gliederungen. Aber wir können mit großem Nachdruck festhalten, dass wir alle, aber auch alle Vorkehrungen getroffen haben, dass es zu solchen Vorgängen in der FDP nicht kommen kann.

Das ist schon deshalb notwendig, um den Bürgerinnen und Bürgern die Selbstverständlichkeit deutlich zu machen, dass Parteien sich an Gesetze zu halten und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse ordentlich zu regeln haben.

Es stellt außerdem – und das ist für unsere gemeinsame Arbeit sehr wichtig – gegenüber unseren Spendern klar, dass korrektes Verhalten die Normalität und nicht die Ausnahme ist, und dass es deshalb nichts ehrenrühriges ist, eine politische Partei zu unterstützen.

Im Gegenteil: Die Unterstützung einer demokratischen Partei ist persönlich verdienstvoll. Sie ist staatspolitisch erwünscht und aus dem Selbstverständnis der Parteien unverzichtbar.

Die Bürger haben ein Recht zu wissen, dass ihr Geld korrekt verbucht und einem ordentlichen Zweck zugeführt wird. Wir wollen die Bürger aber auch wissen lassen, dass wir auf ihre Hilfe angewiesen sind, wenn die Parteienfinanzierung nicht ganz auf öffentliche Kassen abrutschen soll.

Natürlich rufen die aktuellen Vorgänge bei SPD und CDU die Schwarz-Weißmaler auf den Plan. So gab es teilweise abenteuerliche Vorstellungen über neue Spendenverbote, Bilanzierungspflichten, Prüfverfahren und dergleichen.

Teilweise haben die gehandelten Vorschläge den Eindruck erweckt, die demokratischen Parteien seien kriminelle Vereinigungen, denen durch alle Instrumente des Strafrechts das Handwerk gelegt werden müsse.

Das haben wir mit Augenmaß auf das vernünftigerweise Notwendige reduzieren können.

Es bleibt für unsere Orts- und Kreisverbände bei der gewohnten Einnahmen/Überschußrechnung.

Es bleibt dabei, dass auch juristische Personen Spenden an die Parteien leisten dürfen;

Es bleibt bei der steuerlichen Begünstigung der Spenden und Beiträge von Privatpersonen;

Es bleibt schließlich auch bei den bewährten Grenzen für die Publizitätspflicht von Einzelspenden,

aber es wird präzise ausgeschlossen, dass Unternehmen, die ganz oder teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand stehen, ihre Unterstützungspraxis für die Großparteien fortsetzen können.

Alle Parteien werden ihre Rechnungslegung zu ihren Vermögenswerten erheblich transparenter gestalten müssen:

Endlich wird die Öffentlichkeit deshalb den tatsächlichen Wert des Unternehmensimperiums der Sozialdemokraten erfahren;

Endlich muß die SPD öffentlich bekennen, welche Tageszeitungen und Rundfunkanstalten in ihrem Eigentum und damit unter ihrem Einfluß stehen;

Endlich wird der enorme Immobilienbesitz der Großparteien öffentlich gemacht und kann nicht mehr hinter harmlosen Verwaltungsfirmen verborgen werden.

Deshalb ist das neue Gesetz ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit im politischen Wettbewerb.

Hier haben wir uns mit unseren Vorstellungen weitgehend durchgesetzt!

Die Veränderungen im administrativen Bereich müssen uns nicht schrecken. Vieles ist durch die bei uns längst eingeführten Strukturen – z. B. die zentrale Erfassung und Quittierung von Spenden – schon so geregelt, dass uns die anderen darum beneiden.

Dass wir in der politischen Debatte um die Neuregelung des Parteiengesetzes nicht nur auf die Selbstverständlichkeit verweisen konnten,

dass unsere Partei frei von Skandalen, Unregelmäßigkeiten und Korruptionsvorwürfen ist,

sondern auch jederzeit in der Lage waren, transparent und unverzüglich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu erläutern,

das darf uns mit Stolz erfüllen und hat viel mit der Arbeitsleistung und dem Engagement unserer mehr als 2.500 Schatzmeister auf Orts-, Kreis- und Landesebene zu tun. Ihnen schuldet unsere Partei Dank und Anerkennung.

Zu unseren Eigeneinnahmen:

Wir haben auf der Bundes- und Landesebene kaum finanzielle Reserven, um die gewaltigen Kosten der anstehenden Wahlkämpfe zu führen. Sie wissen, dass die Wahlkampfkostenerstattung in der bisherigen Form nicht mehr besteht.

Wir werden deshalb nach unserem absehbaren Erfolg bei der Bundestagswahl zunächst keine den Jahren vor 1994 vergleichbare Finanzspritze bekommen.

Wir müssen deshalb den Wahlkampf aus eigenen Mitteln bestreiten.

Dazu haben wir einen unkonventionellen Weg eingeschlagen. Wir haben den Bürgerfonds 18/2002 ins Leben gerufen.

Unkonventionell, was Offenheit und Transparenz angeht. Jeder möge sich davon überzeugen, im Internet, bei einem Besuch in der Berliner Kulturbrauerei, wo sich die Büros von 18/2002 befinden.

Wir sind die erste Partei in Deutschland, die diesen Weg geht.

Es geht darum, potenzielle Spender auch auf professionelle Weise anzusprechen. Sechs Mitarbeiter sind damit betraut. Sie setzen das gemeinsam von einer Agentur und unserer Partei entwickelte Konzept um.

Entgegen mancher Verlautbarung erhält die Agentur dafür ein sehr moderates, erfolgsorientiertes und zusätzlich auch gedeckeltes Honorar.

Wir haben diesen Bürgerfonds nach besten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei bekannt gemacht. Er ist gut aufgenommen worden. Es läuft.

Aber, liebe Freunde, es ist nicht einfach, die Spendenbereitschaft innerhalb und außerhalb der Partei zu vervielfachen.

Wir haben viel lernen müssen in professionellem Fundraising. Dabei mangelt es nicht an Ideen und Engagement.

Der Erfolg des Bürgerfonds 18/2002 steht und fällt mit der Bereitschaft der Partei, ihrer Funktionsträger und Mitglieder an und in diesem Konzept mitzuwirken.

Wir haben zahlreiche Botschaften - Mailings, wie man heute sagt - an Zielgruppen außerhalb der Partei versandt, von den Jägern bis zur Systemgastronomie, von den professionellen Arbeitsvermittlern bis zu Führungsgruppen der verschiedenen Industrie- und Dienstleistungsbereiche. Wir besuchen Veranstaltungen und produzieren Events. Wir sind im Internet präsent. Wir laden Leute ein und sagen ihnen, was unsere Politik bedeutet. Wir produzieren Werbemittel. Unsere Spitzenleute, Guido Westerwelle ganz voran, sind engagiert im Einsatz. Mit Vorträgen, Betriebsbesuchen, Einladungen.

Wir brauchen immer auch die Parteifreunde vor Ort, als Bestandteil der Kampagne. Als Fürsprecher und Multiplikatoren. Ich danke allen, die hier wertvolle Arbeit leisten, die sich zeitlich und finanziell in die Bresche werfen. Wir sind auf gutem Weg, aber auch auf einem sehr langen.

Unabhängig davon bleibt es unsere Aufgabe, das klassische Beitragsaufkommen unserer Partei zu steigern. Jeder Erfolg in diesem Bemühen führt zu einer unmittelbaren Stärkung unserer Orts- und Kreisverbände.

Damit festigen wir das Fundament, auf dem sich unsere Arbeit vollzieht.

Damit stärken wir unsere Kampagnenfähigkeit für kommende Auseinandersetzungen.

Und deshalb, liebe Freunde, diejenigen von uns, die vor Ort das schwierige und oft auch undankbare Amt des Schatzmeisters übernommen haben, bedürfen unserer Unterstützung. Und diese Unterstützung darf ich – sehen sie mir das nach – im Namen dieser fleißigen Mitstreiter heute bei ihnen allen einwerben.

Meine Damen und Herren,

ich möchte auf diesem Parteitag nicht versäumen, über unsere eigenen Finanzfragen hinaus ein weiteres Finanzthema anzusprechen, das unser ganzes Land umtreibt, das in hochpolitischer Weise unsere Entwicklungschancen und unseren Arbeitsmarkt bestimmt.

Es geht um das Versagen der Rot-Grünen Koalition in der Finanzpolitik, es geht um die deutsche Schlusslichtposition in der Europäischen Gemeinschaft, auch und gerade mit Blick auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Herr Eichel wurde die ersten beiden Jahre der Legislaturperiode mit Huldigungen bedacht und Lorbeeren bekränzt.

Es waren die falschen Gesänge und Vorschußlorbeeren allemal. Der Haushalt 2002 wird auf Knirsch gefahren, niemand kann ernsthaft davon ausgehen, dass diese Bundesregierung – für den äußerst unwahrscheinlichen Fall ihrer Wiederwahl – im Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könnte. Diese ist eine genau so leere Versprechung wie die des Herrn Schröder aus dem Jahre 1998, die Arbeitslo-

senzahl innerhalb von vier Jahren um eine Million zu senken.

Die Bundesrepublik leidet unter einem strukturellen Haushaltsdefizit. Die Einnahmen reichen nicht aus, die überbordenden konsumptiven Ausgaben zu finanzieren.

Gespart wird einzig und allein auf Kosten der Investitionen. Die Bundesregierung tut nichts, um mit diesem Problem fertig zu werden.

Zunächst war es eine günstige konjunkturelle Entwicklung, die diese Probleme überdecken konnte. Die Steuerquellen sprudelten reichlich. Außerdem flossen dem Bundeshaushalt Privatisierungserlöse in dreistelliger Milliardenhöhe zu. Erlöse aus Reformen, die Rot-Grün und namentlich der heutige Finanzminister Eichel zum Teil leidenschaftlich bekämpft hatten.

Damit hat es nun sein Ende. Reformen blieben im Ansatz stecken oder wurden bewußt verschleppt. Das ist die Ursache für die Arbeitslosigkeit.

Die Steuerreform ist weitgehend gescheitert, weil sie trotz zweifellos vorhandener Entlastung beim Steuersatz zu einer unverträglichen Ungleichbehandlung des Mittelstandes geführt hat.

Darüber hinaus wurden Mittelständlern und kleinen Leuten mit einer schier unglaublichen und geradezu zynischerweise als Ökosteuern bezeichneten Aktion das Geld wieder aus der Tasche gezogen. Geld, das dringend für Investitionen und Entwicklung gebraucht wird.

Im Jahr'98 hatten viele Menschen geglaubt, ein „Neuanfang“ werde sie auch finanziell entlasten.

Das Ergebnis rot-grüner Politik ist heute erkennbar: Weniger Geld in der Tasche, weit verbreitete Arbeitslosigkeit, sinkende Investitionen, geringe Kaufneigung, Unsicherheit über die wirtschaftliche Zukunft.

Eine verheerende Bilanz. Niemand kann das mehr überdecken: Weder die große Geste des zum Staatsmann mutierten Joseph Fischer, noch die gekünstelte Pose des Kanzlerdarstellers Gerhard Schröder.

Prinzipielles Übel des Bundeshaushalts sind die anteilig immer weiter sinkenden Investitionsausgaben. Allein in diesem Jahr haben sie ein historisches Tief von 10,1% erreicht. Dies ist nicht irgendeine abstrakte Prozentzahl. Das ist eine Schicksalsfrage für weite Teile der Bauwirtschaft. Insbesondere für mittelständische Unternehmen auch aus den baunahen Bereichen. Hunderttausende Arbeitnehmer sind davon betroffen. Der Einbruch bei den öffentlichen Investitionen wird besonders an einer Stelle schmerzhaft deutlich: Die Bundesrepublik Deutschland bewegt sich kontinuierlich auf einen Punkt zu, von dem an sie nicht mehr in der Lage ist, ihre Infrastruktur einschließlich ihrer Sicherheitsstruktur zu finanzieren.

Wer offenen Auges durch unser Land geht, merkt bereits, dass die Mängel der Infrastruktur immer größer werden. Nicht nur im Osten, wo der Aufholprozess sicher noch Zeit braucht. Auch im Westen: Reparaturstau bei Autobahnen und Fernstraßen, die Bahn kommt nicht aus den Schlagzeilen. Ein großer Teil der Bildungseinrichtungen ist in schlechter Verfassung.

Ich sage ihnen: Dies ist nur der Anfang, wenn es nicht gelingt den investiven Anteil der Ausgaben anzuhoben.

Bei der Bundeswehr wurden die Ausgaben von 25,1 Milliarden € oder 19% des Gesamthaushaltes auf 23,5 Milliarden € oder 9,5% des Haushaltes zurückgeführt. Gleichzeitig ist der Anteil von investiven Verteidigungsausgaben, also derjenige, der nicht in den laufenden Betrieb, sondern im wesentlichen in die Beschaffung fließt, dramatisch von 34% auf 22% gesunken. Die Bundeswehr ist unterfinanziert. Dies wäre unter normalen Umständen schon schlimm genug. Angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage und den anstehenden Verpflichtungen der Bundeswehr ist es aber nahezu katastrophal.

Am Ende bleibt: Das einstige Vorzeigeprojekt der Rot-Grünen Koalition, die Finanzpolitik, steht auf tönernen Füßen. Es geht nichts mehr. Schon dem interessierten Laien wird erkennbar, der nominell ausgewiesene

Schuldenabbau ist nichts als eine Fiktion. Daherge-rechnet mit schlechten Tricks. Und diese Fiktion wird zusammenbrechen bei der kleinsten Erschütterung.

Der Finanzminister hat die glücklichen Jahre der sprudelnden Steuern und der reichlich fließenden Privatisierungserlöse nicht genutzt. Haushaltspolitik war ein herumkurieren an den Symptomen. Routinearbeit. Nie wirkliche Eingriffe. Und wenn die Steuereinnahmen aufgrund von Sondereffekten wirklich ein wenig steigen sollten, wird Herr Eichel allenfalls etwas mehr Luft haben, auf kurze Zeit. Die Strukturen bleiben wie sie sind. Ein Scherbenhaufen rot-grüner Politik.

Und weil dem so ist, hat Herr Schröder unter Mühen versucht, einen blauen Brief aus Brüssel anzuwenden. Einen Brief, der uns in der Haushaltspolitik zusammen mit Portugal an den Pranger gestellt hat, obwohl er gar nicht geschrieben wurde.

Ein makabres Spektakel, dass der Bundeskanzler auch in anderen Fragen mit der Kommission aufführt. In Wettbewerbs- und industriepolitischen Fragen. Alles darauf angelegt, von den hausgemachten deutschen Problemen abzulenken.

Wir werden dies niemandem durchgehen lassen. Die FDP steht für eine solide Wirtschafts- und Finanzkompetenz. Wir werden auf Reformen drängen, die den Aufschwung voran bringen. Voran eine überzeugende Steuerreform, die wie alle Steuersenkungspolitik sich selbst finanziert. Eine Rentenreform, die von den Bürgern angenommen wird. Eine Gesundheitsreform, die den Kollaps des Systems verhindert und die Arbeitskosten senkt. Eine Haushaltspolitik, die nicht an den Symptomen kuriert, sondern die Probleme anpackt.

Vier Monate noch, liebe Freunde, bis eine neue Politik, eine liberale Politik, Veränderungen durchkämpfen kann, die dieses Land braucht. Nur eine starke FDP kann das bewirken. Und darauf verwenden wir unsere ganze Kraft: Jetzt im Wahlkampf und bald auch in liberaler Verantwortung. In Berlin und in Brüssel.

